

Grußwort des Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, zur Eröffnung der neuen Ausstellung in den ehemaligen Revierbaracken des KZ Sachsenhausen am 7. November 2004

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Ministerin,
sehr geehrter Herr Prof. Morsch,
sehr geehrter Herr Roth,
lieber Walter Winter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Name des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen steht in der internationalen Öffentlichkeit auch symbolhaft für den staatlich organisierten Völkermord an den Sinti und Roma im Nationalsozialismus. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR wurde dieses Menschheitsverbrechen jahrzehntelang aus dem öffentlichen Gedenken ausgeschlossen und fand selbst innerhalb der Gedenkstätten lange Zeit allenfalls in Form einer Fußnote Erwähnung. Vor diesem Hintergrund betrachten wir es als einen ganz entscheidenden Schritt, dass die Verfolgungsgeschichte unserer Minderheit im NS-Staat an diesem historischen Ort erstmals umfassend in einem eigenen Ausstellungsabschnitt dokumentiert wird.

Die Ausstellung macht deutlich, dass sich der nationalsozialistische Terror gegenüber unseren Menschen über die gesamte Geschichte des KZ Sachsenhausen erstreckte. Bereits im Juni 1938 wurden im Rahmen einer von Heydrich angeordneten reichsweiten Verhaftungsaktion Hunderte Sinti und Roma hierher verschleppt, wo sie der Willkür der SS hilflos ausgeliefert waren. Noch wenige Wochen vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, im März 1945, trafen Transporte mit Sinti und Roma, die die Hölle von Auschwitz und Ravensbrück überlebt hatten, in Sachsenhausen ein. Viele der völlig entkräfteten Häftlinge wurden von der SS auf die so genannten Todesmärsche geschickt und kurz vor der Befreiung ermordet.

Die Ausstellung widmet sich besonders den Verbrechen an Angehörigen unserer Minderheit an diesem historischen Ort. Doch diese Verbrechen werden zugleich in einen größeren Zusammenhang gestellt. Denn das Konzentrationslager Sachsenhausen war Teil einer Vernichtungsmaschinerie, die sich über das gesamte besetzte Europa erstreckte. Der rassenideologisch motivierte Völkermord an 500.000 Sinti und Roma und 6 Millionen Juden, der von einem modernen Staatsapparat ins Werk gesetzt wurde, ist in der Geschichte ohne Beispiel.

Ihr besonderes Augenmerk richtet die Ausstellung auf die Rolle der Rassenforschung. Gerade am Beispiel von Sachsenhausen wird die enge Verflechtung der Wissenschaft mit den Institutionen des SS-Staates bei der Durchführung der gegen Sinti und Roma gerichteten Politik der planmäßigen Vernichtung deutlich. Die systematische Erfassung aller im deutschen Reich lebenden Sinti und Roma durch Mitarbeiter der in Berlin eigens eingerichteten „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ unter Dr. Robert Ritter bildete eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung des Völkermords. Für die betroffenen Menschen waren die dort erstellten „Rassegutachten“ gleichbedeutend mit der Deportation in die Todeslager.

Bis Kriegsende versuchten Ritter und seine Mitarbeiter, noch den letzten „Zigeunermischling“ – bis zum so genannten „Achtelzigeuner“ – aufzuspüren, um ihn dem Vernichtungsapparat zu überantworten. Dieser immense Aufwand ist zugleich ein Beleg dafür, welche große Bedeutung die Nationalsozialisten der so genannten „Endlösung der Zigeunerfrage“ beimaßen.

Zu den eindringlichsten und erschütterndsten Exponaten der Ausstellung gehören sicherlich die Kopfmodelle und Gesichtsmasken, die NS-Rassenforscher von Angehörigen unserer Minderheit, die später ermordet wurden, angefertigt haben und die kürzlich in der Universität Tübingen aufgefunden wurden. Natürlich haben wir uns die Frage gestellt, ob solche Objekte, deren Entstehung mit der Demütigung und Erniedrigung von Menschen verbunden war, überhaupt öffentlich gezeigt werden können. Ihr Zweck bestand darin, die von den Nationalsozialisten zur Staatsdoktrin erhobene Lehre von der vorgeblichen Höherwertigkeit und Minderwertigkeit der Rassen pseudowissenschaftlich zu untermauern. Heute begreifen wir diese Modelle und Masken als Zeugnisse einer menschenverachtenden Ideologie und einer verbrecherischen Wissenschaft. Es sind Symbole eines Prozesses zunehmender Entper-

sönlichung und Entmenschlichung, der in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern seinen furchtbaren Höhepunkt fand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verbrechen müssen uns die jüngsten Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien mit großer Sorge erfüllen. Diese bedienen sich zur Mobilisierung ihrer Anhänger und potentieller Wähler gezielt diffuser Ängste und vorurteilsbeladener Feindbilder, gepaart mit Fremdenfeindlichkeit und einem dumpfen Nationalismus. Gerade in Zeiten der ökonomischen Krise und der gesellschaftlichen Umbrüche werden Minderheiten in die Rolle von Sündenböcken gedrängt, wie auch die historischen Erfahrungen aus der Weimarer Republik eindringlich belegen.

Den Einzug rechtsextremer Parteien in die Parlamente lediglich auf die Proteste gegen die Sozialreformen zurückzuführen, kommt einer Verharmlosung gleich. Vielmehr spiegeln die hohen Stimmenanteile für NPD und DVU weit verbreitete antidemokratische Einstellungen wider sowie ein rassistisches Menschenbild, das bis in die Mitte unserer Gesellschaft reicht. Mit der nahezu unkontrollierten Ausbreitung solchen Gedankenguts über das Internet ist zudem eine völlig neue Form der Gefährdung vor allem der jungen Generation entstanden.

Diesen besorgniserregenden Entwicklungen ein aufklärerisches Potential und ein offensives gesellschaftliches Engagement entgegenzusetzen, bleibt eine der großen Herausforderungen für die Zukunft. Nicht zuletzt kommt es darauf an, die sich herausbildenden lokalen Netzwerke, die sich gegen den dumpfen Rassismus von Rechts engagieren, auch staatlicherseits zu unterstützen.

Erlauben Sie mir zum Abschluss noch einige Bemerkungen zum Holocaust-Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma. Wir begrüßen es, dass das Denkmal für die ermordeten Juden Europas im nächsten Mai, 60 Jahre nach Kriegsende und der Befreiung von der NS-Diktatur, der Öffentlichkeit übergeben wird. Gleichzeitig appelliere ich von diesem Ort aus an die Bundesregierung, die Errichtung des Denkmals für die im nationalsozialistisch besetzten Europa ermordeten Sinti und Roma auf dem von der Bundesregierung zugesagten Standort zwischen dem Reichstag und Brandenburger Tor nicht weiter zu verzögern. Ich tue dies auch im Namen von über 1.600 unserer Holocaust-Überlebenden, die die Forderung des Zentralrats nach einer baldigen Realisierung des Denkmals in einem öffentlichen Appell an die Bundesregierung unterstützt haben. Gerade unsere alten Menschen erwarten, dass ihre ermordeten Angehörigen in der Stadt, von der aus der Völkermord bürokratisch ins Werk gesetzt wurde, ein würdiges Gedenken erfahren.

Das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma in der Mitte Berlins bewahrt für künftige Generationen die Erinnerung an ein Verbrechen, das in seinem Ausmaß unvorstellbar bleibt. Es ist zugleich ein Bekenntnis dieses Staates für die besondere historische Verantwortung gegenüber unserer Minderheit.